

# Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten  
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern  
Beilage zur „Bewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16,  
Musterhaufener Straße 15.  
Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06  
Redakteur: Emil Dittmer.

Reichsaktion:  
„Gesundheitswesen.“

Erscheint wöchentlich, Freitags.  
Bezugspreis: vierteljährlich durch  
die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mark.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06

## Soziale Entwicklung und erbliche Belastung.

**D**ie Lebensgrundlage des menschlichen Körpers ist die lebende Zelle, der alle Lebensmöglichkeiten, alle Leistungsfähigkeiten, wie sie der als Zellstaat von Milliarden von Zellen aufzufassende Körper des Menschen in Erscheinung treten läßt, schon in ihrer Vereinzeltheit, als einzelliges Lebewesen eigenständig sein müssen. Das Leben der Zelle auf der niedrigsten Stufe der Entwicklung verläuft mit den Erscheinungen der Bewegung, der Reizbarkeit, der Nahrungsaufnahme, des Wachstums auf der einen Seite und der Teilungsvorgänge oder der Fortpflanzung auf der anderen Seite. Bei den ersten Lebensstadien schon, bei der Nahrungsaufnahme, geschieht es nicht ohne daß zwei Einzeller, Amöben gleicher Art, bei der Verwertung eines zu großen Bissens von zwei Seiten zu fressen, in den Bissen zu umfließen beginnen, bis sie sich in der Mitte treffen, wo sich alsbald ihre Leibesgrenzen gegeneinander verlieren und ein aus zwei Personen gebildetes Einheitswesen den Bissen vernimmt. Zum Vorteil beider trotz des Kampfes ums Dasein die Arbeitsteilung. Solcher Zusammenschluß mehrerer niedrigerer Zellen läßt sich experimentell besonders bei Gelegenheit der Teilungsvorgänge erreichen. Ähnliche Bedingungen, Netzverhältnisse und Vermittlungswirklungen durch veränderten Druck führen in der Natur zur Veranschaulichung der Zellen zu Fäden und Rufen, bei denen jede Zelle von der Lebensfähigkeit der anderen Teile hat. Die Anpassung an die veränderten Lebensbedingungen bringt die Arbeitsteilung in den neuentstandenen Zellverbänden mit sich, dessen Verband zuerst ein sehr loser ist, um mit Einwirkung der aus der Arbeitsteilung hervorgehenden Form- und Funktionsänderung der Glieder des Verbandes immer fester zu werden, weil die Leistungen der Einzelzelle nunmehr auf die ganze Arbeit übergegangen sind, aber der auf die einzelnen Gesellschaftszellen so verteilt sind, daß eine einseitige Höherentwicklung der Zellen möglich ist, aber auch gleichzeitig eine gegenseitige Abhängigkeit von den Leistungen erreicht wird. Der wichtigste Gedanke hierüber, daß diese Errungenschaften durch den Vorgang der Vererbung befestigt beibehalten werden. Damit entwickelt sich im Zellverbände die Aufgabe der organisierten gegenseitigen Hilfe als der wichtigste Beweggrund für die fortschreitende Höherentwicklung. Solche Leistungen sind alle höher entwickelten Lebewesen. Eine weitere Höherentwicklung in dieser Richtung, gewissermaßen von Ueberpetung zu einer festen Vereinigung mehrerer Individuen zu einem Verband, hat im Tierreich in die Sackgasse der Staatsqualen geführt, während sie im Pflanzenreiche gerade zu der unendlichen Mannigfaltigkeit in der Entwicklung unserer gesamten höheren Pflanzen, Tierwelt, Pilz- und Bakterienwelt, Bäume und Sträucher die Möglichkeit eröffnete. Die verschiedenen Zellen oder Zellgruppen in engstem Verbande sind leicht verständliche Erscheinungen, aber auch Vergesellschaftungen nicht zueinander gehöriger Organismen, die bis zur gegenseitigen Durchdringung führen, sind nicht selten. Was auch die Schmarotzertum hierbei mit beteiligt ist, der Zustand des gegenseitigen Nutzens weist auch hier auf den engen Zusammenschluß der Organismen zu einer Einheit hin. Die grüne Alge vergesellschaftet sich mit dem tierischen Leibe des grauen Polypen, und hier tritt auch bei der Fortpflanzung die Vererbung tatsächlich so vor, daß die Eier des Polypen eine Allgemittelt mit dem Leibe des Algenorganismus hinausnehmen. Von der Alge hat der Polyp den Vor-

teil der unmittelbaren Sauerstoffzufuhr, während die Alge von den Baustoffen des Polypen mit zu zehren imstande ist. Ein recht entwickeltes Bild der Symbiose, wie man diesen Vorgang benennt, bieten die Lebenserscheinungen der Knöllchenbakterien, die imstande sind, Luftstickstoff zu verarbeiten zu Eiweißkörpern und diesen in Ueberfluß entstehenden Nährstoff an die höheren Pflanzen abgeben, deren Wurzelsfasern sie besiedeln. Damit wird die Pflanze — unsere Hülsenfrüchte sind die Hauptbeteiligten — eiweißreicher und gibt ein bevorzugtes Nahrungsmittel etwa für unser pflanzenfressendes Großvieh ab, dessen Ausscheidungen wiederum den Stickstoff als Dünger an den Boden abgeben. Die gegenseitige Hilfe greift hier schon über eine ganze Reihe verschiedener Organismen hinweg.

Und gerade dieses Heranziehen anderer Organismen, ohne zum festen körperlichen Verbände zu zwingen, gibt nunmehr die reichste Entfaltungsmöglichkeit der Entwicklung der symbiotischen Vorgänge. Solche Lebensgemeinschaften treten uns zum Beispiel bei den Ameisen entgegen, die ihre Nester in dem Gezweige der Bäume anlegen und die dort aufgeführten Erdbauten mit Pflanzenfasern besiedeln, deren Keimung und Wachstum das Nest immer größer wachsen läßt. Der Pflanze, dem Baume gewährt die bissige, reizbare Ameisenherde einen vorzüglichen Schutz gegen blattfressende Insekten, die das Nest etwa passieren müßten. Aber der Baum selbst hilft entgegenkommend mit, wie etwa die Ameisenpflanze mit ihrem zum aufgetriebenen, von Hohlräumen durchsetzten Knollen umgestalteten Stamme zeigt, oder gar der Imbauhohlbau, dessen Stamm kammerartige Hohlräume birgt, die als Wohnungen für die Ameisen dienen, während die Pflanze zudem selbst noch eiweiß- und stärke- reiche Pflanzenteile entwickelt, die den Ameisen gleichzeitig als Nahrung dienen. Bäume, die nicht von Ameisen bewohnt und geschützt sind, werden häufig von blattraubenden Ameisen geplündert. Aber auch diese Blatträuber sind ein Stück Symbiose, nur handelt es sich hier um die Herrichtung eines Pflanzenbeetes aus diesen Blattstücken für die Aufzucht von bestimmten Pilzen, deren Endsporenspross nahrungreich, gleichwie Blumentohl, erst in der Kultur der Ameisen entstehen und von ihnen fast als einzige Nahrung verzehrt werden. Auch hier nimmt die Pilzkeime die künftige Stammutter einer neuen Ameisenkolonie mit auf die Ausfahrt aus dem Heimatneste.

Die Bildung der Gesellschaften im Tierreiche, besonders in dem Kreise der wehrhaften, reizbaren, wilden Insekten, der Spinnen, der Ameisen, der Bienen, Wespen und Termiten, führt bei der Ausbildung der Erfordernisse der Anpassung an die gegenseitige Hilfe im Staat zu den absonderlichsten, vererblichen Abweichungen der Tierformen der Kinder der gleichen Mutter, die auf den ersten Anblick gar nicht mehr zueinander zu gehören scheinen. Da gibt es geflügelte Männchen, Weibchen, die die Flügel wieder verlieren und in uns förmigen Würsten, Eilegemaschinen werden Arbeiterinnen, die ihre Geschlechtsleistungen aufgeben, Soldaten für den äußeren Feind, Polizeimannschaften für den Innendienst, Tiere, die als chemische Retorten den Feind mit Giftstoff überschütten, alle mit hochentwickelten, in der Form schon ausgedrückten Sonderleistungen betraut und alle aufeinander in ihrem Leben auf gegenseitige Hilfe angewiesen, wenn der Staatsbau erhalten bleiben soll.

Der springende Punkt ist die Entscheidung dahin, daß diese Anpassungsänderungen als erworbene Eigenschaften auf die folgenden Geschlechter vererbt werden, sei es als Formänderungen, sei es als gewohnheitsmäßig ausgeführte Tätigkeiten, als Instinkthandlungen. Und da spricht das Experiment wieder ein gewichtiges Wort mit,

ten Beschüffe  
r Konferenz  
reits den An  
hren einzurei  
an de  
war als der  
iges Bild bog  
Neben un  
gen der chri  
ner, der chri  
and der Bur  
weltlichen Kre  
Tarifkontro  
Betracht. Hö  
en Vorgänge  
  
ren gegen die  
beweist folg  
um in Darm  
einer Heil  
ns einig, daß  
Arbeitsnach  
men und nach  
gewohnten R  
den parität  
und Vliegemi  
angelerten Be  
Inspruch zu  
sidenten der  
zu bequem  
seflichem Be  
s Zustände  
wurde und  
suchte an St  
Personal der  
sien steht. G  
nd was sonst  
Auslagen we  
tscheiden in  
Personal jed  
daß das Be  
nen Lohn hat  
Anstalten und  
monatlich be  
damit bewie  
eintreten muß  
s Zusammen

infur Schre  
ft für Hing  
hlichen und  
abfreien W  
a ist accon  
Eigenschaft  
n Mitroorg  
später Am  
gene Wachs  
zen früher  
ngen in ver  
Dieselben gü

Rücher

r und Ra  
weise der w  
Sachhabung  
injektion. W  
Zoebedlin  
bera, Berlin  
hoben der w  
ung und Zub  
stleden aus

osiale Behandl  
ostiter, Kran  
bererzi in de  
G. m. b. & C.

Wullekanten

Es ist möglich gewesen, bei unsern kleinen Süßwasserkrebsthen, den Wasserföhen, durch dauernde Verdunkelung des Aufenthaltsraumes das Auge zum Verschwinden zu bringen. Diese durch Lebensbedingungen eigener Art veranlaßte Blindheit führt nach wenigen Geschlechterfolgen dazu, daß die Nachkommen von vornherein augenlos dem Ei entschlüpfen. Viel schwieriger erscheint es, Instinktbedingungen zu ändern, doch auch das ist möglich, wie das Beispiel einer Mottenraupe lehrt, die sich an Weidenblättern einen Unterschlupf herrichtet durch Umbiegen der Spitze des Blattes. Wird die Spitze abgetrennt, so muß das Räumchen sich zum Schutzwende die Ränder einbiegen. Nach zwei Geschlechterfolgen bereits haben die Nachkommen aus solcher Zucht durch Vererbung gelernt, nur die Ränder zu benutzen, selbst wenn die Spitzen vorhanden sind. Hatten die ersten Tierchen aus der Not eine Tugend gemacht, so behielten die späteren Nachkommen ohne Not diese Tugend bei.

Nun einmal diese große Kette von Forschungsergebnissen auf den Menschen angewandt. Die Erkenntnis dieser Vorgänge, das Bewußtsein, daß es dem Menschen möglich ist, die Natur in seinen Dienst zu stellen — unsere Kultur, unsere Technik ist Beweis genug dafür —, muß dahin führen, daß er planmäßig an der Entlastung der Menschheit von dem niederen tierischen Erbeil, das ihm noch immer anhängt, arbeitet, um ihn aus der Bestialität zur Humanität, zur Menschenwürde emporzuheben, zu erziehen. Die sozialen Tugenden, die eine Einordnung in den großen Gesellschaftsbau einer wahren Menschheit bedeuten, müssen und können entwickelt werden, wie die Beispiele aus dem Leben der Tiere und Pflanzen zeigen. Denn auch der Mensch fällt nicht aus dem Rahmen des Jellebens, selbst die Kulturfortschritte sind nur als natürliche Entwicklungsschritte zu betrachten. So gut wie Entartungsercheinungen vererbt werden können, so gut oder noch besser werden Entwicklungen zu höherer Vollkommenheit, die für das ganze Geschlecht einen Vorteil bedeuten, durch Vererbung weitergegeben. Diese Schritte mit vollem Bewußtsein zu gehen, diese Gedanken in unserer Volkserziehung zur Tat werden zu lassen, ist die Aufgabe der Zukunft. Die Auswirkungen einer solchen sozialen Biologie werden sich in der Steigerung des sozialen Verantwortlichkeitsgefühls erweisen, dessen Folge die Gleichwertung aller Gesellschaftsmitglieder sein wird.

Die Sonderbedingungen unserer Kultur werden sicher andere Erscheinungsformen der gegenseitigen Hilfe mit sich bringen als in der übrigen Lebenswelt, aber dem Wesen nach wird der gleiche Grundzug zum Siege kommen. Die natürlichen Vorgänge der aus dem Selbsterhaltungstrieb entspringenden Selbstzucht, die zum Kriege führen, müssen dem sozialen Bewußtsein, dem Gedanken der gegenseitigen Hilfe auch beim Menschengeschlecht weichen. Denn nur durch diesen Zusammenschluß in der Organisation der Bergesellschaft liegt der Fortschrittsweg in die Zukunft einer höher entwickelten Kulturform. Der Erziehung erwächst die Aufgabe, dahin zu arbeiten, daß kommenden Geschlechtern die Anlage zur bereitwilligen und selbstverständlichen Aufnahme dieser Grundlage des Fortschritts durch Vererbung übermitteln werden kann. Dann wird die Hebung unseres technischen, wissenschaftlichen, kulturellen Vorwärtseilens sich dadurch kennzeichnen, daß es nicht mehr in den Dienst der Raubtiergefühle der selbstständig gerichteten Menschheit zum Zwecke der Vernichtung und Zerstörung gestellt wird, sondern daß es zum Aufbau und Ausbau der Gesamtheit der menschlichen Gesellschaft Verwertung findet. Der Kulturweg geht von der Bestialität über die Nationalität zur Humanität, das heißt vom Egoismus zum Sozialismus.

(Nach einem Vortrag von Dr. P. Kamm er er.)

### Gasförmige Desinfektionsmittel.

Sind Gegenstände oder Räume durch Krankheitskeime infiziert, so kann man ihnen das nicht ansehen. Höchstens erweckt grobförmliche Beschmutzung (Auswurf eines Tuberkulösen, Stuhlsgang eines Ruhrkranken) den sicheren Verdacht einer bakteriellen Infektion. Die Verbreitung der Krankheitserreger geht im allgemeinen nicht in so grober Weise vor sich. Kleinste feimbeladene Hustentröpfchen, infizierte Staubpartikelchen, Flüssigkeitsspritzer, beschmutzen fast unmerklich Menschen und Sachen in der Umgebung des Kranken. Wenn auch die meisten Krankheitserreger keine lange Lebensdauer außerhalb des Körpers haben, so ist doch ihre schnelle und sichere Vernichtung Aufgabe vorbeugender Seuchenbekämpfung. Dem dient die Desinfektion. Offensichtlich beschmutzte Stellen wird man leicht mit desinfizierenden Lösungen unschädlich machen können, aber gerade die unsichtbaren, feinst verteilten Infektionserreger sind schwer zu erreichen. Deshalb hat man von altersher nach gasförmigen Desinfektionsmitteln gelücht. Professor Dr. C. Selligmann geht in seiner Arbeit über „Gasförmige Desinfektionsmittel“ auf die einzelnen Desinfektionsmittel ein

und faßt vorher sein beachtenswertes Urteil zusammen. Ein solches vermöge seines Expansionsbestrebens überall im Raume hinlangt, das wirksam die Krankheitskeime vernichtet und im übrigen keine schädlichen Eigenschaften besitzt, wäre ein ideales Desinfektionsmittel für Räume und Sachen. Ueber ein solches verfügen wir heute nicht.

Am längsten bekannt und benutzt sind die Verbrennungsgase des Schwefels, die schweflige Säure; in den siebziger Jahren von der Cholera-Kommission als das beste Mittel empfohlen. Als Robert Koch und seine Mitarbeiter mit neuen Methoden die Prüfung der Desinfektionsmittel in die Hand nahmen, erwies sich auch die schweflige Säure als praktisch unbrauchbar. Sie hat zwar eine gewisse Desinfektionskraft, von der die Hausfrau beim Schwefeln ihrer Geschäfte erfolgreich Gebrauch macht, aber diese Wirkung tritt erst bei hohen Konzentrationen ein, verlangt gegenüber belästigenden widerstandsfähigen Batterienformen ganz und schädigt das Desinfektionsgut nicht unerheblich. Die gleichen Nachteile haben auch andere Halogene: das Chlorgas, zuerst von Rénault verflüchtigt, Flißher und Proskauer eingehend geprüft, übt desinfizierende Wirkungen erst in starken Konzentrationen und feuchter Luft 8—24 Stunden aus und vernichtet nur oberflächlich liegende Keime. In Warenballen und selbst in die Tiefe einer Kleidertasche dringt nicht ein. Dafür schädigt es aber die Gegenstände ganz außerordentlich. Wehentlich steht es mit dem Brom, das Adolf Frank, der Schöpfer unserer Stickstoffindustrie, vor mehr als 40 Jahren in seiner originalen Form empfohlen hatte. Auch hier sind zweifellos bakterienfeindliche Wirkungen vorhanden, die unter bestimmten Bedingungen in die Erscheinung treten können, aber seine zerstörenden Eigenschaften sind womöglich noch größer als die des Chlors. Von besonderer Bedeutung ist die gasförmige Sauerstoff in Form des Ozons geworden. Wenn er auch für die Enttümung der Luft bisher noch kein großes Anwendungsgebiet gefunden hat — die erforderlichen Konzentrationen sind nicht ganz leicht zu erhalten —, so hat er sich in dem Gebiete der Wassersterilisation doch recht bewährt. Die Ozonwasserwerke in Frankreich (Paris), Rußland (Petersburg), Deutschland (Baderborn), um nur einige Beispiele zu nennen, zeugen hier von. Für die Raum- und Sachdesinfektion ist das Ozon zunächst nicht in Frage, dagegen ist es zur Frischhaltung von Fleisch in Kühlräumen gelegentlich mit Erfolg angewendet worden.

Die größte praktische Verbreitung als gasförmiges Desinfektionsmittel hat das Formaldehyd gefunden, nachdem C. Flügge im Jahre 1892 die Bedingungen und Grenzen seiner Wirksamkeit festgestellt hatte. Das Formaldehydgas ist dadurch ausgezeichnet, es ist in den anwendbaren Konzentrationen selbst empfindliche Gegenstände nicht schädigt, es war, wenigstens bis zum Beginn des Krieges, leicht und relativ billig zu haben und schließlich verfügte es über eine ganz beträchtliche Desinfektionskraft, wenn Konzentrationen, Wirkungsdauer und Feuchtigkeitsgehalt der Luft in vorbestimmter Weise berücksichtigt wurden. Eine ganze Anzahl praktischer Apparate wurde konstruiert, mit denen die Desinfektoren von Krankenzimmern, von Krankenzimmern zogen, um die Ausgänge vorzunehmen. In den Jahren herrschte diese Methode der Raumbesinfektion unbestritten, trotzdem auch dem Formaldehyd die Tiefenwirkung fehlte, es wurde durch mögliche Ausbreitung des Desinfektionsgutes zu erreichen. Zur Desinfektion von Kleidern, Büchern, Warenballen hat man besondere Apparate geschaffen, in denen Formaldehyd zusammen mit Wasserdampf unter vermindertem Druck zur Vergalung gebracht wurde. Das Knappwerden des Formaldehyds und des zur Verbrennung erforderlichen Spiritus im Kriege hat eine Einschränkung der Formalinbesinfektion bis zur völligen Aufgabe mit sich gebracht. Die neueren Anschauungen über die Aufgaben der Desinfektion, die Keimvernichtung während der Krankheit (laufende Desinfektion) weit in den Vordergrund schieben und die Schlussdesinfektion nach Beendigung der Krankheit als unwichtiger ansehen, sind der Einführung der Formaldehyddesinfektion nicht günstig. Die Gefahr der Krankheitsübertragung besteht während der Krankheit im totalen Raum und die dem Kranken fernstehende Einrichtung des Zimmers haben viel geringere Bedeutung. Man wird daher die Formaldehydausgabung nur für ganz besondere Fälle sich aufsparen.

In neuester Zeit hat man auch das Blausäuregas, das für Desinfektionszwecke sich sehr bewährt hat, zu Desinfektionszwecken empfohlen. Die bisherigen rein wissenschaftlichen Ergebnisse jedoch nicht berart, daß sie die Hoffnung auf praktische Verwertung erwecken können.

So ist denn im allgemeinen die Rolle der Gase für die praktische Desinfektion recht gering geworden; dagegen haben sie auf anderen Gebieten, dem der Schädlingsbekämpfung, in letzter Zeit eine erhebliche Bedeutung erlangt.

Hebammen

Regelung des Hebammenwesens in Preußen berichtet der Ministerpräsident Stegerwald in der RZ., daß vom Landtage ein Hebammengesetz nicht zur Beratung gebracht werden konnte, der neue Landtag sich bald wieder dieser Frage beschäftigen wird. In den Hauptgeschäftspunkten, die es ankommt, stimmen alle Parteien mit der Regierung überein. Der Schutz von Mutter und Kind soll erhöht werden. Dazu bedarf es der Besserung in der Ausbildung und Fortbildung der Hebammen. Daraus ergibt sich eine Hebung des für das Volkswohl so notwendigen, vorwiegend sozialen Aufgaben gestellten Standes. Es soll die wirtschaftliche Lage der Hebammen verbessert und ihre Zukunft sichergestellt und bei Dienstunfähigkeit gesichert werden. Es soll auch dahin gehandelt werden, daß die zu Erwerbschwierigkeiten und gelegentlich übermäßige fährende Anhäufung von Hebammen in den Großorten und der Mangel an sachverständiger Hilfe auf dem Lande beseitigt werden. Bei der Beschränkung aus diesem ebenso notwendigen wie erreichbaren Ziele muß es zu einer Verflüchtigung der Hebammen kommen. — Die Lösung der Hebammenfrage steht im Mittelpunkt der Verabschiedung eines Gesetzes, während die Hebammen mehr Wert auf den Inhalt des Gesetzes legen. Die Bestimmungen des Landtages, denen es auf dem Gebiete des Mutter- und der Säuglingsfürsorge ernst um die Interessen des Kindes zu tun ist, werden gerne auf ein Hebammengesetz übertragen, das nicht die Wünsche der Hebammen berücksichtigt. Die Hebammen haben die Hebammen genügend erlebt, jetzt wollen sie die Hebammen. Am 1. März d. J. wurde die unentgeltliche Hebammen- und Hebammengebühren und Ruhegehälter bei der Geburt des Kindes mit 8000 Mk. angenommen. Aber auch hier zeigten sich sogenannte Freunde des Hebammenwesens im rechten Licht. Von vollparteilicher Seite wußte man die richtigen Finanzlagen des Staates bei dieser Gelegenheit zu erkennen. Am Gegenlag dazu steht die kleine sächsische Stadt Chemnitz mit ihren 25 000 Einwohnern, die einen Stadterweiterungsbeschluß aufweisen kann, der eine Verstädtlichung des Hebammenwesens vorseht.

Die Auszahlungen zur Milchverbilligung geschieht die Säuglingsfürsorgestellen der Stadt Berlin an bedürftige Hebammen vom 7. Monat an.

Ras unserer Bewegung

In einer Versammlung der in den technischen Abteilungen der Kranken- und Pflegeanstalten Beschäftigten am 26. Mai berichtete Kollege Kentsch über die am 26. Mai im Reichsanstalten Verhandlungen wegen der Schwerarbeiterfrage. Das Ergebnis der Verhandlungen muß als unbefriedigend angesehen werden. Trotzdem laut Schiedspruch zum Lohnsatz aus dem schließt man sich, daß alle Arbeiter der technischen Betriebe der verschiedenen Abteilungen der Anstalts- und Kammereibetriebe der 10. bis 12. Klasse erhalten sollen, blieb in der Sache der Einpruch der Betriebsleiter für einen beträchtlichen Teil der in den betreffenden Betrieben bzw. Abteilungen Arbeitenden. Die Forderung der angeregten Schlichtungsausschuss hat die Fällung seines Spruches seiner Partei einen besonderen Wert verliehen. Er hat durch den Spruch eine bis zum äußersten gehende gerechte Ungleichheit unter den in Betracht kommenden Kategorien entfacht, die auch für den Magistrat keinesfalls ohne Folgen bleiben wird. Durch die Regelung erhalten die in den Anstalten tätigen Handwerker in mehreren Fällen geringeren Lohn wie die Arbeiter. Diesem unhaltbaren Zustand kann nur beseitigt werden, indem der Magistrat in eine Revision der getroffenen Regelung eintritt, damit die Handwerker entsprechend ihrer Tätigkeit in den technischen Abteilungen der Anstaltsbetriebe eingereiht werden und ihnen daraufhin die Zulage gewährt wird. Ein einstimmig angenommener Antrag fordert die Ortsverwaltung auf, geeignete Schritte zu unternehmen, damit die Tätigkeit der Handwerker die verdiente Wertung erhält. Auch wird in dem Beschlusse die dringende Einberufung einer Versammlung aller Handwerker der Anstalts- und Kammereibetriebe gefordert, die zur Regelung der Fragen Stellung nehmen soll. Kollege Schwanebeck betont in ausüblicher Weise den Outsiderstreit und appelliert an die Solidarität der Kollegen. Die Besichtigungen öffentlicher Anlagen und Betriebe durch die Kollegen zwecks sachlicher Beratung nehmen ihren Fortgang.

Unhaltbare Zustände im Krankenhaus. Nachdem die frühere Anstalt für Gemütskranke (Barock) zu Beginn des Jahres vom Verband der Krankenkassen in zwei Phasen übernommen und in ein Krankenhaus umgewandelt war, haben sich die Angestellten, deren größter Teil aus der früheren Irrenanstalt in das nunmehrige Krankenhaus übernommen

wurde, der Hoffnung hin, daß jetzt für sie andere, günstigere Verhältnisse Platz greifen werden. Diese Hoffnung war indessen trügerisch. In der früheren Irrenanstalt waren die Verhältnisse der Angestellten, wenn auch nicht gut, so doch auf Grund tariflicher Vereinbarung geregelt. Neben der achtstündigen Arbeitszeit für alle Beschäftigten wurden auch soziale Leistungen gewährt, wie Krankenlohn für eine beschränkte Dauer, Urlaub bis zu 4 Wochen, eine zehntägige Ruhepause und einige andere. Ferner bestand eine Rühnkommission, die die Beschäftigungsfrage mit der Verwaltung zu regeln hatte. Alle diese Vorteile sind beseitigt, nachdem der Krankenkassenverband Richter dieser Anstalt wurde. Es besteht im Krankenhaus Lantwisch keine geregelte Arbeitszeit; einige Gruppen der Arbeiterschaft müssen unbeschränkt tätig sein. Es ist vorgekommen, daß weibliche Hausangestellte durch Schwestern zum Kirchenbesuch gezwungen wurden. Auch hat das Personal unter unanständigen Verhältnissen zu leiden. In einigen Fällen mußten weibliche Angestellte über 3 Monate dieselbe Bettwäsche benutzen. Diese unhaltbaren Verhältnisse kamen in einer Versammlung am 16. Juni zur Sprache. Von den in der Versammlung anwesenden Gemeindegliedern wurde der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß in einem Unternehmen, das auf sozialer Grundlage basiert und dem auch Arbeiter vorstehen, derartige unhaltbare Zustände Platz greifen können. Besonders Bestremden hat es unter den Anwesenden hervorgerufen, daß das Kuratorium des Krankenhauses der Forderung der Arbeiterschaft, die durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter am 18. April dem Verband der Krankenkassen übermittelte worden ist, bisher in keiner Weise Rechnung getragen hat. Auch in einer Sitzung am 18. Juni wurde zwischen den Krankenkassenvorständen, dem Betriebsrat des Krankenhauses und Verbandsvertretern die Forderung der Arbeiterschaft auf Abschluß eines Tarifvertrages und Abstellung der kritisierten Verhältnisse behandelt. Von den Vorstandsmitgliedern wurde zugesagt, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß bald andere Verhältnisse für die Beschäftigten Platz greifen sollen. Ein Resultat hinsichtlich des Tarifvertrages ist nicht erzielt worden, weil die Krankenkassenvorstände erklärten, daß die Krankenkassen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und die gegenwärtige Entlohnung des Personals keine Erhöhung erweise. Die Löhne der männlichen Angestellten betragen pro Monat ungefähr 800—850 Mk., die der weiblichen Angestellten, bei einer Arbeitszeit von 13—14 Stunden pro Tag, 450—500 Mk. Da der Standpunkt der Vorstandsmitglieder den anwesenden Verbandsvertretern wie auch dem Betriebsrat nicht einleuchten konnte, wurde an der Forderung, der Lohn soll um 15 Proz. generell erhöht werden, festgehalten. Schließlich wurde von Arbeitgeberseite erklärt, daß man versuchen will, aus dieser unangenehmen Geschichte herauszukommen. Der soziale Teil des Tarifvertrages wurde nicht behandelt, weil hierzu der für das Ambulatorium der Krankenkassen von Berlin geltende Tarifvertrag die Grundlage bilden soll, der demnächst zum Abschluß gebracht wird. Nicht ohne Interesse dürfte es sein, daß bei Behandlung der mißlichen Zustände, unter denen die weiblichen Angestellten zu leiden haben, von den Vorstandsmitgliedern erklärt wurde, daß die Verhältnisse den Krankenkassenverband weniger angehen, weil die betreffenden Angestellten nicht Arbeitnehmer des Krankenkassenverbandes, sondern eines Schwesternvereins sind. Der Verband der Krankenkassen hat nämlich einen Teil der Arbeitnehmer, und zwar den weiblichen, an einen „Zwischenmeister“, Hildegardstift gegeben, verpachtet. Das ist zu dem Zweck geschehen, damit man sich mit den Schwestern, die die weiblichen Angestellten angeblich verursachen, nicht abgeben braucht und vor allem, um, wie ein Arbeitgeber wörtlich erklärte, mit den „Mädels“ nicht täglich auf dem Schlichtungsausschuss sitzen zu müssen. Daß man die „Mädels“ durch diese Verschönerung in sozialer Hinsicht herabwürdigt, kümmert diese Herren nicht. Derartige Maßnahmen sind allerdings wenig geeignet, zufriedenstellende Verhältnisse in diesem neuen Unternehmen des Krankenkassenverbandes zu schaffen, dagegen werden sie die bestehende Unzufriedenheit in einer Weise steigern, die auch für den Krankenkassenverband und somit auch für die Kassenmitglieder und besonders für die Erkrankten Nachteile im Gefolge haben muß. Daß die Betriebskosten hoch und die Schwierigkeiten große sind, unter denen dieses neue Unternehmen zu leiden hat, ist einleuchtend, weil das Institut für Krankenzwecke wenig geeignet ist und die Umwandlung große Summen verhängt. Die Schwierigkeiten sind um so mehr begrifflich, wenn man die Sachsumme mit in Betracht zieht, die jährlich 365 000 Mk. betragen soll. Der Wunsch des Krankenkassenverbandes, dieses Unternehmen aufzugeben, ist ohne weiteres verständlich. Das alles schließt jedoch nicht aus, daß ein Unternehmen in Regie der Krankenkassen in sanitärer und sozialer Hinsicht vorbildlich für alle Anstaltsbetriebe sein sollte. Die Arbeiterschaft des Betriebes muß bestrebt sein, der Schaffung vorbildlicher Verhältnisse nach Kräften mitzumirken. Daß sie dabei die Sympathie aller organisierten Krankenkassenmitglieder haben wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Dabei ist auch notwendig, daß die künftigen Versammlungen der Beschäftigten dieses Krankenhauses nicht Kadaveren Raum geben, die geeignet sind, die Arbeiterschaft zu zerflittern.

Dochum. Lohnbewegung im Bergmannsheil. Der jetzigen Zeit und den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend

hielten es die Kolleginnen und Kollegen des „Bergmannsheil“ für nötig, den bestehenden Lohnsatz zu kündigen und der Verwaltung neue Lohnforderungen zu unterbreiten. Am 15. April wurde der Tarif gekündigt und die neuen Forderungen der Verwaltung unterbreitet. Am 6. Mai erhielt unsere Ortsverwaltung ein Schreiben der Verwaltung, welche ein Angebot auf unsere Forderungen enthielt. Dieses Angebot wurde in einer Versammlung von den Kolleginnen und Kollegen einstimmig abgelehnt, mit der Begründung, daß die gemachten Zugeständnisse nicht ausreichend sind. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, der Verwaltung in diesem Sinne zu berichten und zu versuchen, mündliche Verhandlungen anzubahnen. Diese Verhandlungen haben im Beisein unseres Geschäftsführers Paul stattgefunden, die eine Regelung des Lohnsatzes wie folgt ergab: Gruppe 1: Handwerker. Diese erhalten Bezahlung nach besonderem Tarif. Gruppe 2: Heizer und Waschinisten. Die Vollzahler erhalten monatlich 900 Mk. Heizer unter 21 Jahren 675 Mk. Dazu wie bisher freie Wohnung, Beköstigung und Dienstkleidung. Gruppe 3: Krankenpfleger. Krankenpfleger unter 21 Jahren 450 bis 550 Mk., solche über 21 Jahre 625 bis 700 Mk. Gruppe 4: Stations- und Hausdiener, 350 bis 425 Mk. Gruppe 5: Wächter, 700 bis 800 Mk. Gruppe 6: Köchinnen 250 Mk., ohne Steigerung. Gruppe 7: Kochmädchen, 135 bis 200 Mk. Gruppe 8: Hausmädchen. Darunter fallen auch Putzmädchen, Büglerinnen und Näherinnen, monatlich 125 bis 175 Mk. Die Wäscherinnen erhalten eine Zulage von 20 Mk. und die Büglerinnen eine solche von monatlich 10 Mk. Berufte Näherinnen sollen eine besondere Zulage bekommen. Neben den vorstehenden Tariffähigen wird eine Mietentschädigung an die nicht im Hause wohnenden Personen gezahlt, und zwar in Höhe von monatlich 20 Mk. Als Verpflegungsschädigung in Urlaubsfällen werden für jeden Urlaubstag 8 Mk. gezahlt. Für die Hausdiener, die zugleich die Fenster zu putzen haben, wird neben dem Lohn in Gruppe 4 eine monatliche Entschädigung von 75 Mk. gezahlt. Diese Neuregelung wurde in der Versammlung am 17. Juni vom Personal des „Bergmannsheil“ gegen eine Stimme angenommen. Kolleginnen und Kollegen! Nur eine starke Organisation ist in der Lage, Verbesserungen für uns zu erringen. Daher ist es Pflicht eines jeden, für den Ausbau der Organisation: Reichsleitung „Gesundheitswesen“, zu sorgen, wir werden unsere gesteckten Ziele dann um so eher erreichen.

**Haar.** Am 7. und 8. Juni beschäftigten sich in Haar zwei Versammlungen der Beamtenschaft der Gemeinde Saldorf mit der Einreichung in die Ortsklasse A. In der Versammlung am 7. Juni waren die Beamten aller Gruppen anwesend. Das Referat hatte Dr. Walzmann vom Bayerischen Beamten- und Lehrerbund übernommen. Er betonte die Neutralität des Bundes und versprach, absolut nicht politisch zu werden. Besonders versprach er, nur die reine Wahrheit zu sprechen, weil es ihm mit seinem Bunde nicht darauf ankomme, wegen Mitgliedererwerb aufzutreten. Der Bayerische Landesbeamtenbund hat es aber dem Herrn Doktor doch angetan, daß er mächtig darauf loschimpfte. Dr. Walzmann verteilte in seinem Referat in den gleichen Fehler, den er vorher dem Landesbeamtenbund vorhielt. Interessant waren seine Erzählungen, die er an jenem Abend zum besten gab. Noch interessanter aber war das Geständnis, wie er (Dr. W.) vor der Tür des Ministerialrats im Finanzministerium in Berlin keinen Einlaß bekam. Auf der Heimfahrt hat er in einer Denkschrift geschrieben, was er in Berlin nicht sagen konnte. Es stand dem Herrn Doktor die ausfällige Bemerkung nicht an, die er gegen die Sozialdemokratie machte, sie habe in der Beamtenfrage einen Fehler. Die freiorganisierte Arbeiterschaft in Preußen ist gefürchtet, darum auch die höhere Einreichung in die Ortsklassen in Norddeutschland. Der größte Teil der Versammlung war sich darüber einig, daß die Revolution an dem Referenten spurlos vorübergegangen ist. Wenn in der Diskussion keine Reibung stattfand, so war das nur dem Umstand zu verdanken, daß die Anwesenden vernünftiger waren als der Referent und ihnen die Sache so hoch stand, daß jeder Schein der Uneinigkeit vermieden werden mußte. Im Grundgedanken, das große Ziel, die Ortsklasse A, zu erreichen, waren alle Richtungen einig, wie auch die gut besuchte Versammlung am 8. Juni bewies, in der Gauleiter Weigl vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter vor dem Anstaltspersonal über das gleiche Thema sprach. Seine Ausführungen waren im entgegenstehenden Sinne gehalten, und die Berliner Regierung, die am Tage vorher verdammt wurde, wurde wenigstens vor der ewigen Verdammung der „Hölle“ gerettet. Dagegen machte der Redner die bayerische Regierung, besonders aber das Finanzministerium in Bayern, für die miserable Einstufung in die Ortsklassen verantwortlich. Soweit die Kreisbeamten in Frage kommen, trage der Kreistag von Oberbayern in hohem Maße die Verantwortung. Land und Kreis sind auch die Zahler, aber die bürgerlichen Mehrheiten, über die der vorherige Referent nicht losdonnerte, verstehen es vortrefflich, den Geldbeutel zuzubalten. An diesen Stellen liege die Schuld der niederen Einreichung. In beiden Versammlungen wurden dem Sinne nach gleichlautende Entschlüsse angenommen, wonach die Gemeinde Saldorf in Klasse A eingereiht werden soll. In der zweiten Versammlung wurde Klage geführt, daß die Ueberstellung des beamteten Personals von der Gruppe III in die Gruppe IV

des Befolungsgesetzes so lange nicht vorgenommen wird, obgleich der Kreistag sie schon seit einem Jahre beschlossen hat. Die Ausführungen eines Pensionisten, eines schon ergrauten Mannes, der, Not gehörend, fast mit weinenden Augen sein erbärmliches Dasein schilderte, wirkten ergreifend. „Helft mir, ihr kräftigen Leistungsteilnehmer, sonst muß ich mit meinem monatlichen Einkommen von 400 Mark in den ersten Tagen den Hungertod sterben.“ war der Kern seiner Ausführungen. Als Schandvoll wurde es bezeichnet, daß der alte Mann von einem Beamten, bei dem er Aufbesserung vorbrachte, mit den Worten abgepeist wurde: „Sie zu einem Bauern, wenn Sie mit diesem Betrag nicht ausreichen.“ Da mehrere Leidensgeschichten dieses alten Arbeiteroerans im Saal und in Bayern sind, wäre es eine sehr dankbare Aufgabe für Beamtenbund, sich ihrer anzunehmen. Vorerst wird es für die einzelnen Fälle unser Verband übernehmen, sie zu vertreten.

**Rostock.** Die Reichsleitung „Gesundheitswesen“ des Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt am 17. Juni ihre Monatsversammlung ab, in der Kollege Reder Bericht über die Verhandlungen und den nun vorliegenden Entwurf erstattete, wies darauf hin, daß die Tarifforderungen und der Abschluß der Tarife dem Gauleiter übertragen sei. Ein Tarifvertrag, der unseren Kollegen genehmigt werden kann, konnte noch nicht abgeschlossen gebracht werden. Kollege Reder machte den Vorbehalt, falls der Tarif abgelehnt würde, den Bezirksrat für Medlenburg in Anwendung zu bringen und auf dieser Grundlag zu verhandeln. Er könne den von der Regierung geänderten nicht zur Annahme empfehlen. Wenn auch die Rostocker Bericht nach unserer letzten Versammlung einen falschen Bericht enthält, muß dazu bemerkt werden, daß die Tätigkeit in den Krankenhäusern nicht zu vergleichen ist mit der Tätigkeit eines Tischbauers oder eines sonstigen Handarbeiters, sondern daß die Arbeit nur eine sehr aufreibende ist, auch muß sich die beschäftigte Person zu dem Pflegedienst eignen, der nur mit Geduld und Ausdauer ausüben kann. Auch soll sich der Pfleger jedem anpassen können, da nicht alle Kranken gleiche Eigenschaften Charakter haben. Es soll nun der soziale Teil des Mannes als Grundlage für die Verhandlungen in Betracht kommen, die Lohnsätze soll der Bezirksrat für Medlenburg als Unterlage dienen. Zu der nächsten Versammlung soll Kollege Reder berichten. Es soll ihm mitgeteilt werden, daß er das Ministerium auffordert, die Verhandlungen wieder mit der Ortsverwaltung Rostock zu führen. Die Verhandlungen sollen auf dem bisherigen Wege wieder aufgenommen werden, sonst sieht sich das Personal gezwungen, andere Wege zu gehen. In Verhandlungsangelegenheiten wurde die Erziehung für eine ausgeschiedene Kollegin als Ortsvorsitzender vorgenommen. Die Wahl für die Kollegin Bogzin. Für die in den Zuchthäusern und in den Gefängnissen schmachenden Märzstämpfern und den Witwen und Waisen eine Sammlung 624,80 Mk. ergeben, die an die „rote Hilfe“ geföhrt wurden.

**Mil-Scherb.** Am 23. Mai stand die stärkste Stütze des Beamtenbundes, Oberarzt Dr. Schmidt, nach Uchspringe über den Novembersturm von 1918 hat uns auch in hiesiger Anstalt in ähnlicher Weise etwas Freiheit gebracht und diese war Herrn Schmidt ein Dorn im Auge. In der Reichsverfassung wird gesagt, daß deutsche Staatsbürger sich in Wort und Schrift frei betätigen dürfen, er kann einem Verband angehören, wo er seine Interessen wahrnehmen sieht und dazu gehört auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Reichsverband Gesundheitswesen. Da sich das Personal unseres Verbandes organisiert, wurde auch ein Gegenverband gebildet, der Beamtenbund genießt volle Unterstützung durch die Verwaltung und nur aus Angst haben viele Kollegen bei ihm nicht gesucht. Sie meinen, im Bund befestigen sie ihre Rechte. Wenn ihnen ein Fehler unterläuft, erwarten sie von ihrem gesetzlichen in Schutz genommen zu werden, weil alle im Bund sind. Wenn für Mitglieder des Beamtenbundes andere Dienststellen bestehen, so müssen wir dagegen Verwahrung einlegen. Einem besonderen Druck leben die Pflegerinnen. Die jüngeren Pflegerinnen, die sich dem schweren Beruf der Arznpflege gewidmet haben, glauben einen Beruf der Nächstenliebe auszuüben, aber werden sie schikaniert und als minderwertig behandelt. Einziges Kapitel der Nächstenliebe. Wir haben nur Pflichten, keine Rechte und keine Freiheit. Diese zu erkämpfen, ist das Ziel der freien Gewerkschaften mit ihren 8 Millionen Mitgliedern. Für unseren Beruf kann nur die Reichsleitung „Gesundheitswesen“ in Frage kommen, weil sie unsere wirtschaftlichen Interessen vertritt, wenn sie der Unterführung des gesamten Personals gewillt ist. Wir sind uns der Schwere unseres Berufes bewußt. Mit unserer vollen Kraft wollen auch wir unseren Dienst verrichten zum Wohle der Patienten, zum Wohle der Allgemeinheit und nicht zum Wohle unseres Wohle. Als freie Gewerkschaftler erwarten wir aber Vertrauen von unseren Vorgesetzten. Alle Kolleginnen und Kollegen müssen sich als selbständige Menschen fühlen, Selbstverpflichtung wahrnehmen und für die wirtschaftlichen Forderungen kämpfen, geschlossenen Ganzen kommen wir zum Ziel.